Die Stellung der Nationalliberalen und Sozialdemokraten zur auswärtigen Politik des Deutschen Reiches während der Orientkrisis 1885–87

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Hohen Philosophischen Fakultät der Universität Rostock

vorgelegt

von

Hans Schröder

Rostock

Rostock

Rats- und Universitäts-Buchdruckerei Adlers Erben, G. m. b. H.

1927

Referent: Professor Dr. Schüssler

BIBLIOTHEEK RIJKS UNIV. LEIDEN

Teildruck ! — Die Dissertation kann in ihrem vollen Umfang, in Maschinenschrift geschrieben, von der Universität Rostock entliehen werden.

Meinem Vater!

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit soll ein Beitrag zur Parteigeschichte sein, der durch den Vergleich neue Gesichtspunkte und anschauliche Lebendigkeit vermitteln möchte. Diese vergleichende Methode ist in dem Sinne angewandt worden, daß sie die beiden Parteien nicht nur in ihrer politischen Aktivität, sondern auch in ihrer Entstehung nebeneinanderstellt. Durch ein Eingehen auf das Prinzipielle, aus dem die Stellungnahme im einzelnen fließt, schien mir gerade ein Vergleich an Klarheit zu gewinnen. So habe ich eine soziologische Grundlegung vorausgeschickt; das Epitheton deutet den geschichtsphilosophischen Hintergrund an, den ich in vollem Bewußtsein seiner noch heute umstrittenen wissenschaftlichen Berechtigung zur plastischen Heraushebung der historischen Phänomene gewählt habe.

Inhaltsverzeichnis.

I. Soziologische Grundlegung.

II. Die Stellungnahme der beiden Parteien, eine kritische Nebeneinanderstellung und ein kritischer Vergleich mit Bismarck.

II.

Die Stellungnahme der beiden Parteien, eine kritische Nebeneinanderstellung und ein kritischer Vergleich mit Bismarck.

Wir haben die prinzipiellen außenpolitischen Ansichten der Sozialdemokraten und Nationalliberalen in ihrer Entstehung und Entwicklung skizziert und damit die Grundlage gewonnen, von der aus wir ihre Stellungnahme zum konkreten außenpolitischen Geschehen verfolgen können. Aus der Erkenntnis, daß das Staatensystem ein Neben- und Durcheinander egoistischer staatlicher Individuen sei, leiten die Nationalliberalen — sie sprechen es selbst hin und wieder in ihrer Presse aus — für ihre Politik das grundlegende Erfordernis ab, die Lebensinteressen des eigenen Landes zu umgrenzen und die im politischen Raum wirkenden Kräfte, die in der mannigfachsten Weise sich kreuzenden Interessen zu berechnen — natürlich mit der Beschränkung, die ihnen ihre nichtamtliche politische Stellung auferlegt, — und so auszunützen, daß sie den eigenen Zwecken, d. h. der Sicherung, Erhaltung der eigenen nationalen Existenz dienstbar werden. Wie diese politische Diagnose und Prognose während der orientalischen Krisis 1885—87, einer Periode außenpolitischer Hochspannung in der Bis-

marckschen Ära, von den nationalliberalen Politikern*) gestellt wird, soll uns zunächst beschäftigen.

Als der Draht die am 18. September 1885 vollzogene revolutionäre Erhebung gegen den türkischen Gouverneur von Ostrumelien Christi Pascha meldet, ist sich die Nationalzeitung des Ernstes der Lage bewußt. Sie sieht, daß jede lokale Erhebung auf der Balkanhalbinsel infolge der Orientinteressen der meisten europäischen Großmächte weittragende Folgen haben kann. Denn abgesehen von der Gefahr eines Übergreifens der Bewegung nach Mazedonien, das den auf dem Balkan aufgehäuften Zündstoff zur vollen Explosion bringen müsse, bedrohe die Militärrevolte von Philippopel, da sie mit der russischen „Nebenregierung", den Panslawisten, in Zusammenhang zu stehen scheine und die Haltung Frankreichs bei diesem ersten Wetterleuchten des orientalischen Gewitters lauernd sei, die Zentralmächte. Diese, vor allem Deutschland, seien an der Aufrechterhaltung der

*) Ihre außenpolitischen Ansichten entnehmen wir den beiden führenden nationalliberalen Blättern Deutschlands, der Nationalzeitung (N.Z.) und der Kölnischen Zeitung (K.Z.). Die erstere erschien in Berlin, die letztere in Köln, jede zweimal täglich: die Nationalzeitung hat eine Morgen- und Abendausgabe (Mo.; Abd.); die Kölnische Zeitung hat die Bezeichnung erstes und zweites Blatt (1. 2. Bl.). — Die stenographischen Berichte des Reichstages sind für eine Darstellung der nationalliberalen Außenpolitik — die Nationalliberalen sehen (nach einer Aeußerung Marquardsens am 4. Dezember 1886 im Reichstag) die Fragen der großen Politik im Parlament nicht gerne erörtert — abgesehen von Äußerungen, die die prinzipielle Übereinstimmung mit der Bismarckschen Politik dartun, nicht zu verwerten.

Bestimmungen des Berliner Kongresses, der ja alle Balkanschwierigkeiten, den Streit der Mächte um den Nachlaß des kranken Mannes, hinausschieben sollte, interessiert. Für sie ergäbe sich die schwierige Aufgabe, das offizielle Rußland auf ihrer Seite zu behalten, eine Erschütterung des Dreikaiserbündnisses, das den für Deutschland so notwendigen Frieden Europas garantiere, zu vermeiden.

An diese Äußerungen der nationalliberalen Presse, die ganz allgemein gehalten die Hauptpunkte hervorheben, möchte ich anknüpfen, um die Probleme aufzuzeigen. Die Nationalliberalen gehen aus von der Saturiertheit des neuen deutschen Nationalstaates, der den Frieden wünscht, diesen aber gegen die Nichtsaturiertheit Frankreichs zu schützen hat, in dieser Aufgabe vor allem auf Rußland, d. h. auf ein Zusammengehen Rußlands mit den beiden deutschen Mächten (Deutschland, Österreich) in dem Dreikaiserbündnis angewiesen ist. Deutschland ist abhängig von der Wechselbeziehung Ost—West, die sich auch in allen politischen Fragen des nahen Orientes widerspiegelt. Das Problem Ost—West schiebt infolge seiner Verquickung mit der orientalischen Frage die russische Frage in den Vordergrund. Deshalb reagiert die Nationalzeitung auf die Konflikte bergende Veränderung in Bulgarien mit der Forderung, durch den Berliner Kongreß die Balkanschwierigkeiten zurückzudrängen und Rußland dem Dreikaiserbündnis zu erhalten. Hier

kristallisieren sich alle anderen Problemkreise an. Denn auch für die Sozialdemokratie steht Rußland im Brennpunkt der politischen Betrachtung. Auch die Sozialisten sehen die Wechselbeziehung Ost—West, wie wir noch sehen werden, ziehen aber aus ihr ganz andere Konsequenzen. Und so ergeben sich viele Fragen. Ist die Voraussetzung der Saturiertheit Deutschlands und der Nichtsaturiertheit Frankreichs gegeben? Absolut oder relativ? Welchen Zusammenhang mit der Innenpolitik zeigt jene Voraussetzung in ihrer Entstehung und in ihren Folgen? Wie schließen sich beide Parteien an die außenpolitische Vergangenheit im engeren und weiteren Sinne des Wortes an? Welche Gegensätze stießen aufeinander? Wieweit wurden sie von den beiden Parteien selbst gesehen? Welche Widersprüche zeigen sich innerhalb jeder der beiden Parteien? Welche Entwicklung machen die beiden Parteien in ihrer politischen Stellungnahme durch unter dem Einfluß der tatsächlichen Politik der amtlichen deutschen Regierung?

Die beiden Fragen, die ich zunächst für die Beantwortung herausgreifen möchte, sind: Welcher Art ist das Verhältnis der Nationalliberalen zur jüngsten außenpolitischen Vergangenheit, und wie gestaltet es sich in unserem Zeitraum? Die erste Frage beantwortet sich nach einer Darstellung der Bismarckschen Politik von 1870—1885 von selbst. Der deutsch-französische Krieg hatte dem europäischen Staatensystem eine neue Großmacht eingefügt und somit innerhalb dieses Systems Neid und Argwohn der alten Groß-

mächte, besonders des besiegten Frankreich erweckt. Gegen dieses Übelwollen sicherte sich Bismarck militärisch-territorial durch die Einverleibung Elsaß-Lothringens, diplomatisch-defensiv durch das Betonen der Saturiertheit Deutschlands und diplomatisch-offensiv durch Bündnisbestrebungen. Der Ausbau eines Bündnissystems stand unter folgenden Erwägungen Bismarcks. Ein Bündnis mit England wollte er, da ihm langfristige Bündnisverträge infolge der englischen parlamentarischen Verfassung unmöglich erschienen, da England noch 1870 in der Mehrheit Sympathie für Frankreich gezeigt hatte und da vor allem der Liberalismus Gladstonescher Färbung durch einen für einen eben erst zu nationalem Sein erstarkten kontinentalen Bundesgenossen gefährlichen Imperialismus ersetzt werden konnte, vermeiden. Italien kam als militärisch schwache und in diplomatischen Bindungen höchst unzuverlässige Macht nicht in Betracht. So blieben nur Rußland und Österreich. Mit Rußland war der neue Kaiser der Deutschen durch alte Familienpolitik verbunden; die autokratische Verfassung bot Gewähr für Stabilität der Politik; ein Gegensatz der Interessen bestand nicht. Zwischen Deutschland und Österreich stand zwar trennend 1866, aber diese Spannung konnte bei geschickter Behandlung, die ja schon im Frieden von Nikolsburg eingesetzt hatte, beseitigt werden, und sie mußte, sollten nicht Österreich und Frankreich sich zusammenfinden, beseitigt werden. So schien Bismarck am vorteilhaftesten die Überlieferung eines Bündnisses der

drei Ost- und Kaisermächte. Es gelang ihm, den Interessengegensatz Österreichs und Rußlands im Orient und die Gefahr des Panslawismus für die österreichische Nationalitätenfrage durch die Dreikaiserzusammenkunft in Berlin 1872 zu verdecken. Der Vertrag sah Schutz gegen eine Veränderung des status quo vor. Frankreich war isoliert. Natürlich versuchte dieses, aus seiner Isolation wieder herauszukommen. Und so stand für Bismarck die Politik der nächsten Jahre unter dem Zeichen der Verhinderung französischer Annäherung an Österreich oder Rußland. Er unterstützt 1873 bei Thiers' Sturz die Republikaner, weil die legitimistisch-klerikale Partei Bündnismöglichkeiten mit Österreich und Rußland besitzt. Er droht 1874 mit einem Präventivkrieg (Wasserstrahl der N.A.Z.). Er droht weiter 1875 in der Kölnischen Zeitung. Frankreich, das sich an die Mächte gewandt hat, erhält Hilfe von Rußland: Alexander II., Gortschakoff und Schuwalow in Berlin. Das Dreikaiserbündnis von 1872 war erschüttert; es zerbrach völlig mit dem Wiederaufleben der orientalischen Frage 1876 und blieb zerbrochen am Ende des russisch-türkischen Krieges: der Berliner Kongreß verschnupfte die Russen gegen Deutschland. Bismarcks nächster Schritt war daher 1879, als Rußland gar noch mit dem Kriege gedroht hatte, die Option für Österreich. Erst seit 1881 war eine Annäherung an Rußland wieder möglich. Die Ermordung Alexanders II., die Entlassung Ignatiews und die Ausschaltung Gortschakoffs, die Ernennung Giers' zum Außenminister machten das Neu-

tralitätsabkommen von 1881 und dessen Erneuerung in Skiernievice 1884 möglich. All diese Verträge, der von 1878, 1879, 1881 und 1884, hatten die Mitte und den Osten Europas diplomatisch befriedet und somit Frankreich isoliert. Als das Lustrum der kolonialen Ausdehnung der europäischen Mächte, das all diesen Verträgen günstig gewesen war, zu Ende ging, als die alten Streitigkeiten im nahen Orient und damit in Europa wieder begannen, sollten sie ihre Belastungsprobe erweisen. Wenn den Verträgen diese Kraft im Herbst 1885 von den Nationalliberalen zugetraut wird, so zeigt das, daß sie damals völlig, im Prinzip wie in allen Details, auf dem Boden der Bismarckschen Außenpolitik stehen.

Ob und in welchen Grenzen dieses Verhältnis zwischen Bismarck und der nationalliberalen Partei weiter besteht im Verlauf der zweiten orientalischen Krisis, wie weit Abhängigkeit der Partei von dem Außenminister angenommen werden muß, soll zunächst und auch weiterhin gezeigt werden.

Eine Verständigung mit Rußland hält die Nationalzeitung für die richtige Politik. Dementsprechend macht sie folgende Vorschläge: 1. Wiederherstellung des status quo ante, auf dessen Boden in der Zusammenkunft von Skiernevice ein modus vivendi zwischen den beiden Balkanrivalen Österreich und Rußland gefunden sei. Da auch Rußland, das anfangs die Unionsbestrebungen der Bulgaren mit Sympathie verfolgt habe, dann aber durch die antirussische Haltung des Fürsten Alexander

von Battenberg aufs tiefste verstimmt sei, die Rückgängigmachung der ostrumelisch-bulgarischen Bewegung fordere, sei die Liquidation der bulgarischen Revolution, die ja zugleich eine Strafe für die Disziplinlosigkeit des Balkanvölkchens gegen die Bestimmungen des europäischen Areogags seien, zu empfehlen. Wolle man nicht so weit gehen, so blieben für die Beilegung der Krisis noch zwei andere Wege offen: 2. Aufrechterhaltung der Vereinigung Bulgariens nach Absetzung des Fürsten Alexander oder 3. eine neue Verständigung zwischen den beiden Ostmächten, die der eingetretenen Verschiebung auf der Balkanhalbinsel und den berechtigten Ansprüchen Rußlands — wie Serbien der österreichischen Sphäre, so müsse Bulgarien der russischen zugezählt werden, d. h. im Sinne der von Bismarck geplanten Demarkationslinie — Rechnung trüge. Welche von diesen drei Lösungen zu bevorzugen sei, möge eine Botschafterkonferenz der Signatarmächte, die Bismarck vorgeschlagen und auch in die Wege geleitet hatte, entscheiden. Nur eine gemeinsame, einmütige Regelung aller Orientinteressenten — Österreichs als Vormacht des westlichen Balkans (Saloniki), Rußlands als solcher der östlichen Balkanhalbinsel (Konstantinopel), Deutschlands indirekt als Friedensmacht par excellence, Englands als Verteidigers seines Indiameerprojektes (Dardanellenfrage), Frankreichs und Italiens als Mittelmeermächte — würde am ehesten den europäischen

Frieden verbürgen. Außerdem sei der Gedanke einer Konferenz der Vertragsmächte durch den Appell der Pforte wie der Bulgaren und Ostrumelier an die Intervention der Kongreßmächte nahegelegt. Mit dem tatsächlichen Zusammentreten der Konferenz, dem „einheitlichen Vorgehen der Mächte" wird nach Meinung des Berliner nationalliberalen Blattes und des Kölner Bruderblattes eine Entspannung der Situation eintreten. In allen Hauptpunkten bestehe zwischen den Mächten volle Übereinstimmung. Die Personenfrage, die von Rußland und England, dem Schutzpatron des Battenbergers[13]), verschieden beantwortet werde, werde, so glaubt die Kölnerin, nicht viel Staub aufwirbeln. Sie glaubt an eine Schlichtung der bulgarischen Frage. Einen Herd künftiger Unruhen bilde nur der durch das selbstbewußte und bisher ungestrafte Auftreten Bulgariens gereizte Chauvinismus Serbiens und Griechenlands. Wenn König Milan, der mit einem schlagfertigen Heere an der Südgrenze seines Landes stehe, vordringe, so würde er die Orientfrage aufrollen, den Kampf um die türkische Hinterlassenschaft anfachen; denn ein Eingreifen Österreichs, das nicht unwahrscheinlich sei, könnte die übrigen europäischen Mächte in den Kampf verwickeln.

Ihren anfänglichen Optimismus in der bulgarischen und Konferenzfrage gibt die Kölnische Zeitung im

[13]) Daß Englands Haltung durch seinen dauernden Gegensatz zu Rußland (Dardanellen; Zentralasien) und durch seinen Wunsch, in Bulgarien den russischen Einfluß durch den englischen zu verdrängen diktiert ist, entgeht der Nationalzeitung nicht.

Laufe der nächsten Wochen auf. Wie die National-zeitung bemerkt sie, daß die Hinauszögerung des Zusammentritts der Konferenz ihren Grund in dem Gegensatze Englands und Rußlands habe. England, das sich vereinsamt fühle und von der Konferenz eine Verstärkung des russischen Einflusse in Bulgarien befürchte, sei bestrebt, die Konferenz zu hemmen. Albion, das bisher, um die Entwicklung einer russischen oder österreichischen Seemacht in der Flanke seines Weges nach Indien zu verhindern, an der Erhaltung der Türkei interessiert gewesen sei, während Rußland sich die Befreiung der Balkanslawen als politisches Ziel gesetzt habe, ändere seinen Kurs auf der Balkanhalbinsel. Seit die Balkanvölker gezeigt hätten, daß sie nicht willens seien, „in den allgemeinen charakterlosen panslawistischen Urbrei widerstandslos aufzugehen", erblicke es in der nationalen Kräftigung der Südslawen, besonders der Bulgaren, die beste Schutzwehr gegen seinen gewaltigen Nebenbuhler. Und noch einen anderen Zweck verfolge England mit seiner Taktik, es nicht zur Konferenz kommen zu lassen. Es habe Zeit gewinnen wollen, und diese Zeitvergeudung habe den Ausbruch des serbisch-bulgarischen Krieges, der vor der Tür stände, herbeiführen sollen. Die Absicht, die die englische Politik damit verfolgt habe, sei die, Österreich und Rußland auf der Balkanhalbinsel in Gegensatz zu bringen, das Dreikaiserbündnis zu sprengen. Diese Gefahr habe man

in Österreich erkannt; nach der Nationalzeitung sei sie sogar zwischen Österreich und Rußland in Kalkül gezogen worden. So sei zwar die englische Hoffnung, einen Keil zwischen Rußland und Österreich oder sogar zwischen Rußland und die beiden anderen Kaisermächte zu treiben, zuschanden geworden. Aber andererseits könne England auf der Aktivseite seinen ausschlaggebenden Einfluß bei der Pforte und die Annäherung der Mächte an den englischen Standpunkt buchen. Denn wenn nach dem jüngsten Konferenzbeschluß ein türkischer Kommissar in Begleitung von Delegierten der Mächte nach Ostrumelien gehen solle, um die dortigen Verhältnisse und Vorgänge zu untersuchen, so sei das doch nicht mehr mit der ehrlichen Wiederherstellung des status quo ante gleichbedeutend, sondern ein Schritt zu der Verwirklichung eines unabhängigen Großbulgarien, das eine nicht zu unterschätzende Verstärkung der türkischen Position gegen die Expansionsbestrebungen des russischen Bären und in der Folge auch eine starke Stütze der englischen Weltpolitik sein würde. Der englisch-russische und der österreichisch-russische Gegensatz bestimme die Balkanverhältnisse. Den letzteren in ein akutes Stadium gebracht zu haben, ist nach der Nationalzeitung einzig und allein die Schuld König Milans von Serbien. Aus diesem politischen Tatbestand ziehen beide nationalliberalen Zeitungen ganz im Gegensatz zu ihren früheren eigenen Äußerungen und zu Bismarck neue Konsequenzen, und diese umkleiden sie

mit einer politischen Beweisführung, die der Rumpelkammer liberaler Ideologie manches Stück entnimmt und alle früheren Argumente willkürlich auf den Kopf stellt. Von dieser Beweisführung, die wir später wiederfinden werden und an deren Wiege der von aller Soziologie und politischer Betrachtung unbeschwerte nationalliberale „Wille" steht, sei hier eine Probe gegeben. Es sei ganz gerechtfertigt, unter Wahrung des Berliner Friedens die bulgarische Union ohne Rücksicht auf Serbien zu sanktionieren. Die Anerkennung der bulgarischen Einheit fordert auch die Kölnische Zeitung. Diese meint, daß Rußland sich offenbar mit der vollzogenen Tatsache der bulgarischen Einheit abfinden werde und England sich dessen bewußt geworden sei, daß man mit einer Unterstützung der Bulgaren im Grunde für Rußland arbeite (?) und Österreich nicht zu einer Änderung seiner Stellung veranlassen könne (?). Keine europäische Macht hätte — man übersieht in seinem Eifer die von der maßgebenden deutschen Regierung vertretene Ansicht, die das Gegenteil im selben Augenblick ausspricht - gegen eine Einigung Bulgariens noch etwas einzuwenden. „Was die Balkanvölker seit ihrer Befreiung von der türkischen Herrschaft mehr oder minder bewußt anstreben, ist die staatliche Selbständigkeit auf Grundlage der nationalen Zusammengehörigkeit. . . . Die Balkanvölker wollen von der zudringlichen und eigennützigen Vormundschaft einzelner Mächte frei werden; sie wollen weder Russen zweiter Klasse werden noch sich von Rußland

als Widderkopf gegen die Türken, noch von England als eine Schanze gegen die Russen gebrauchen lassen. . . Die Entwicklung der Balkanländer strebt diesem Ziele zu. . . . . Entwicklungen von so natürlicher Art sollen nicht aufgehalten, sondern gefördert werden. . . . An seinem wundesten Punkte ist mit dem Ereignis von Philippopel der Berliner Vertrag getroffen (!!) . . . Ziemlich einmütig erkannte bald die öffentliche Meinung die Politik der Mächte gegenüber den Bulgaren als eine fehlerhafte. . . . . Die öffentliche Meinung in Europa erwartet, daß zunächst jener Fehler einer englisch-russisch-österreichischen Kompromißpolitik von einer wahrhaft europäischen Politik gutgemacht werde. . . . . Es wäre gewiß eine schöne Aufgabe deutsch-mitteleuropäischer Orientpolitik, nach dieser Richtung hin fördernd zu wirken, damit den Balkanländern endlich dauernder Friede gegeben, der europäischen Welt jede neue Beunruhigung genommen, die orientalische Frage auf europäischem Gebiet endlich befriedigend gelöst werde. . . . . Das Deutsche Reich hätte diese Entwicklung der Balkanländer nicht zu fürchten, wie vielfach mit Hinweis auf das panslawistische Phantom geglaubt wird, sondern vielmehr zu begünstigen, um sich die aufstrebenden, vielfach veranlagten, arbeitsamen südslawischen Völker von vornherein zu Freunden zu machen. Denn ein südslawisches Reich, ein einheitliches oder ein dualistisches, würde die Einschränkung der unmittelbaren

russischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel zur Folge haben."[14]) Aus diesen Sätzen spricht das politische Kraftgefühl der in den achtziger Jahren wirtschaftlich erstarkenden deutschen Bourgeosie, die die Behauptung Bismarcks von der Saturiertheit Deutschlands Lügen straft – man liest zwischen den Zeilen weniger alten demokratischen Idealismus als die Idee eines handelspolitisch abgeschlossenen und imperialistisch schlagkräftigen Mitteleuropa heraus; denn eine demokratische Politik hätte die Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie zu einer Interpellation im Reichstag zusammenführen müssen, was nicht eintrat; eine imperialistische Politik mußte sich von der nationalen Bismarcks belehren lassen, was bald geschah und für einen Augenblick das außenpolitische Geleise Bismarcks verläßt. Denn diese Betrachtungen leistet sich die Kölnerin, obwohl vor Monatsfrist ihr Konstantinopeler Korrespondent sich gegen die zunehmenden Sympathiekundgebungen der europäischen Presse für den Fürsten Alexander gewandt hatte. Der Korrespondent – man kann Einfluß Bismarcks durch das Medium des deutschen Gesandten in Konstantinopel vermuten – hatte sich geäußert: „Ich glaube . . . . die Verhältnisse vom Gesichtspunkt des europäischen Friedens aus beurteilen zu sollen. Da bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Bulgaren die Rauferei angefangen haben, daß England sie als Hebel gegen das Dreikaiserbündnis benutzt, daß jene eine

[14]) K.Z. 25. Dez. 1885, 1. Bl.; 28. Dez. 1885, 1. Bl.

große Gefahr heraufbeschworen haben und dieses die Gefahr unterhält.“[15])

Um den antidemokratischen Charakter der außenpolitischen Ansichten der Kölnischen Zeitung, den ein ungeübtes Auge vielleicht übersehen würde, und den erst spätere direkte Äußerungen aus der Presse der gleichen Partei voll aufdecken werden, schon hier plastisch hervorzuheben, möchte ich an dieser Stelle eine Darstellung der demokratischen Außenpolitik κατ' ἐξοχήν, wie sie sich damals äußert, nämlich der sozialdemokratischen geben. Das Nationalitätsprinzip, das in dem obigen Zitat der Kölnischen Zeitung als Aushängeschild vor die Außenpolitik dieses nationalliberalen Blattes gehängt wird, ist ein Ausfluß des von der Demokratie anerkannten und geforderten Rechtes des Individuums auf politische und — weitergeführt — wirtschaftliche Gleichheit. Das Nationalitätsprinzip ist auf das Völkerleben übertragene Demokratie und fordert deshalb für die Außenpolitik die Verwirklichung der Demokratie, d. h. den Kampf gegen Nichtdemokratie wie in der Innenpolitik so auch in der Außenpolitik. So hatte es jedes fortschrittliche Bürgertum gefordert im Kampfe gegen den Feudalismus, ohne sich dessen bewußt zu sein, daß die politische Demokratie den Nationalismus und Imperialismus, die wirtschaftliche Gründe haben, wohl eine Zeitlang mildern, aber nicht aufheben kann, ja daß sie, falls sie nicht wirtschaftlich konsequent weitergeführt wird, Nationalismus und Imperialismus auf

[15]) K.Z. 19. Nov. 1885, 2. Bl.

die Spitze treibt. Dieser Gegensatz zwischen dem Ideal einer Völkerverständigung und der Wirklichkeit des schließlichen raffinierten Imperialismus liegt in dem „ideologischen" Charakter der formalen Demokratie begründet. Das fortschrittliche Bürgertum will auch in der Außenpolitik den Feudalismus, d. h. den Nationalismus und seine Verschärfungen beseitigen; es fordert, da es noch abstrakt denkt und den konkreten Zusammenhang der Dinge nicht sieht, politischen Individualismus, politische Demokratie. Es fordert, aber erreicht nicht. Denn politischer Individualismus ist innenpolitisch wie außenpolitisch abhängig von wirtschaftlicher Demokratie, wie der historische Materialismus zeigt. So ergibt sich, daß das Bürgertum im Kampf gegen die alte Klasse bessern will, aber, sobald es an deren Stelle getreten ist, nicht ändern kann, sondern alles beim alten lassen muß. Es erliegt der Akkumulation des Kapitals, die sich außenpolitisch als Imperialismus auswirkt. Dieser Imperialismus wird zwar durch die Konzentration des Kapitals, die zu einer beschränkten internationalen Verständigung führend größere außenpolitische Gebilde schafft, auf eine übersichtlichere Formel gebracht, aber nicht aufgehoben, solange nicht aus der Konzentration des Kapitals die innenpolitischen Konsequenzen gezogen und die Akkumulation des Kapitals sich im Inperialismus leergelaufen hat. Diese Zusammenhänge zwischen reiner Ökonomie und Politik ergeben sich aus einer politischen Interpretation des

Marxschen „Kapitals", die in systematischer Weise von Marx und Engels noch nicht angestellt war, so daß ihre außenpolitischen Ansichten nicht immer sicher und konsequent sind. Marx und Engels pendeln zwischen einer direkten proletarisch-klassenkämpferischen und einer indirekten, d. h. bürgerlich-demokratischen Außenpolitik hin und her. Indem sie von der sozialen Bewegung ausgehen, sehen sie den Feind nicht nur in Rußland als dem politischen Hindernis, sondern auch in England als dem wirtschaftlichen Hemmnis. Das zeigt uns, daß die in ihren Augen wahre Demokratie, d. h. die wirtschaftliche Demokratie die von der bürgerlichen Demokratie geforderte Bekämpfung der Nichtdemokratie materialistisch weiterbildet, d. h. daß sie auch in der bürgerlichen Demokratie eine zu bekämpfende Schein- oder Nichtdemokratie erblickt. Spinnt man diesen Gedanken konsequent weiter und fügt man die oben gewonnenen Resultate über die Entwicklung des Bürgertums von einer revolutionären zu einer konservativen Klasse ein, so ergibt sich unter den ökonomisch-politischen Verhältnissen des damaligen Europa, das in England ein konservatives Bürgertum, in Frankreich und Deutschland ein revolutionäres Bürgertum, in Rußland einen von dem englischen bürgerlichen Konservatismus nur graduell, nicht prinzipiell verschiedenen Konservatismus aufweist, die Schlußfolgerung, daß der Sozialismus, um seine eigene Organisation zu fördern, mit dem revolutionären Bürgertum zusammengeht in der Innenpolitik und auch in einer vom revolutio-

nären Bürgertum maßgeblich beeinflußten Außenpolitik, daß sie russischen feudalen und englischen urbanen Konservatismus innenpolitisch und nur, wenn es möglich sein sollte, außenpolitisch schwächen muß. Übertragen wir diese Forderungen auf die politischen Verhältnisse Europas nach 1870, so müßten die Sozialisten den russischen Konservatismus um seiner selbst und der innenpolitischen Reaktion in Preußen-Deutschland willen schwächen, können dies aber nur durch innenpolitische Organisation in Preußen-Deutschland und Rußland, nicht durch eine von Preußen-Deutschland gegen Rußland geführte Außenpolitik, da dazu im preußisch-deutschen Bürgertum die Voraussetzungen fehlen, ebenfalls nicht durch ein außenpolitisch schwer zu realisierendes Bündnis der westeuropäischen Demokratie mit dem bürgerlich-konservativen England, das zudem 1870 noch mehr als 1848 (damals von Marx und Engels gefordert) die Sozialisten nur schwächen, das englische Bürgertum stärken, den russischen Konservatismus nur in einen solchen englischer Färbung verwandeln würde, erreichen. Dieser Zusammenhänge sind sich Marx und Engels zu Anfang der fünfziger Jahre ein einziges Mal, in der Zeit redaktioneller Mitarbeit im „New York Tribune", bewußt. Denn wenn sie zu jener Zeit einmal anläßlich der orientalischen Frage aussprechen, daß Rußland, um einer Revolution zuvorzukommen, an den Bosporus geht, dort aber England als Gegenspieler findet, daß wegen dieses Gegensatzes die orientalische Frage immer wieder „zugetuscht" werde, bis die Revolution in Europa

ausbreche, so ist damit außenpolitische Passivität des Sozialismus ausgesprochen, die dank des nationalen Gegensatzes England—Rußland, der sich kriegerisch so leicht nicht entladen wird, mit einer politischen Umwälzung in Rußland belohnt werden wird. Den gleichen Standpunkt vertritt später, im Jahre 1886, Engels im Pariser „Socialiste"; es heißt da über die Folgen eines Krieges für die sozialistische Bewegung: „En France, en Russie et en Allemagne les évènements tournent si bien à notre profit que, pour le moment, nous ne pouvons désirer que la continuation du statu quo. Si la révolution éclatait en Russie, elle créerait une ensemble de conditions des plus favorables. Une guerre générale, au contraire, nous rejetterait dans le domaine de l'imprévu. La révolution en Russie et en France serait retardée; notre parti en Allemagne subirait le sort de la commune de 1871. . . . Si guerre il y a, elle ne se fera que dans le but d'empêcher la révolution; en Russie, pour prévenir l'action commune de tous les mécontents, slavophiles, constitutionnels, nihilistes, paysans; en Allemagne, pour maintenir Bismarck, en France, pour refouler le moment victorieux des socialistes et pour rétablir la monarchie. . . . Les socialistes . . . sont également intéressés au maintien de la paix; c'est eux qui payeraient tous les frais de la guerre."[16]) In gleichem Sinne hatte sich schon 1878 der Sozialist Levy geäußert; er schrieb über die Möglichkeit und Folgen eines Westbundes gegen Rußland und über die daraus abzuleitenden politischen

[16]) Engels im Pariser „Socialiste" 6. Nov. 1886.

Konsequenzen für den Sozialismus: „England! Das englische Krämertum, das . . . heute noch bereit wäre, für die Wiederherstellung des status quo einen Weltkrieg zu — bezahlen, wenn sich nur jemand fände, der sich für die „british interests" die Knochen zerschlagen läßt. . . . Genau wie das Ungezieger nistet sich das englische Krämertum überall dort ein, wo es Fäulnis, Zersetzung gibt. . . . Die Türkenherrschaft war englische Herrschaft that's it! Daher die Tränen. . . . . Sehr zeitgemäß wurde jüngst nachgewiesen, daß England in den letzten 150 Jahren doppelt so viel Land raubte als der Russe. Jetzt ruft John Bull voll sittlicher Entrüstung ganz Europa zum Kreuzzug auf für die Rettung der „western civilisation". . . . Ah, er hatte recht, der alte Adam Smith, er kannte seine Landsleute, als er schrieb: „Die elendeste, verächtlichste Regierung von allen ist eine Regierung von Krämern." . . . Es ist Ihnen[17]) „nicht verständlich", warum mir „Disraelis Versuch" der preußisch-russischen Politik" das Handwerk zu legen nicht gefällt? . . . Weil Disraeli selbst „eine ebenso infame wie bornierte Interessenpolitik" verfolgt (über die sich jetzt der Türke selbst bitterlich beklagt), die Rußland zum Siege verhalf und damit viel künftiges Unheil über Europa heraufbeschwor. . . . Sie „goutieren" meine Sprache gegen die „achtbare Frau" von Osborne-Castle nicht? Mir ist . . . . eine Person, die mit aller Gewalt für ihre Herrschsucht ein Volk, nein,

[17]) Die Broschüre war an die Redaktion des „Vorwärts" gerichtet.

die Völker Europas zum Kriege hetzt, während sie behaglich auf ihren Schlössern hockt, durchaus nicht „achtbar". . . . . Meines Erachtens ist gar nicht daran zu denken, daß, im Falle es zu einem allgemeinen Kriege kommt, Rußland allein dastünde. Zu verschiedenartig, zu entgegengesetzt . . . . sind die „Interessen" der verschiedenen Staaten untereinander, als daß an eine solche gemeinsame Aktion auch nur gedacht werden könnte. . . . Nun wollen wir aber mit unseren Herren Realpolitikern (gemeint sind die deutschen Sozialdemokraten) einmal annehmen, es würde sich wirklich ganz Europa gegen Rußland v r-einigen . . . und dieses glücklich aus seiner Position auf der Balkanhalbinsel wieder hinauswerfen. Was wäre damit erreicht? Nichts weiter als jene Situation . . ., als Rußland vor Plewna zu erliegen schien. Rußland würde sich „sammeln", um bei nächster Gelegenheit die Blutarbeit von neuem zu beginnen."[18]) Das Testament Peters des „Großen" mag ja furchtbar schlau ausgedacht sein, aber e i n e Kleinigkeit hat es vergessen: die V ö l k e r, die nicht ewig diejenigen von anno dazumal bleiben, sich nicht ewig als willenlose Werkzeuge der Eroberungsgier gebrauchen, gleich Herden verschachern lassen. Weg also mit so häßlichen, blutrünstigen Bildern, wie es ein Krieg des „Westens" gegen den Osten wäre. . . . Mehr als je tut es heute not, daß wir an dem Gedanken der Völkerverbrüderung festhalten . . .: Proletarier aller Länder vereinigt euch!"[18]) Wenn Hertneck aus diesen

[18]) H. L. Zur orientalischen Frage oder soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden? Zürich 1878.

Worten „heraushört, wie wenig Levy mit seiner pazifistischen Ideologie die geistige Einstellung von Karl Marx und Friedrich Engels begriff", daß jener sich „allenfalls an Lassalle und seinem unverfälschten Hegelianismus herangebildet hatte", so ist das schief; ob man eine unbedingte Friedenspolitik in der Art, wie sie die heutige II. Internationale treibt mit ihrer Ablehnung eines nicht unbedingt pazifistischen Zusammengehens der Europäischen Sozialistischen Parteien mit dem Staat gewordenen Sozialismus des Europäischen Ostens, aus den Äußerungen Levys herauslesen muß, bezweifle ich; jedenfalls ist die damalige außenpolitische Situation des Sozialismus im Sinne der bis jetzt von mir zitierten Marx-Engelsschen Äußerungen charakterisiert; Levy spricht mit seiner Forderung der proletarischen Passivität in der Außenpolitik nichts anderes aus als ein Nachfolger Wilhelm Liebknechts — Liebknecht wird von Hertneck gegen Levy in Schutz genommen — nämlich als Hilferding 1912: „Uns erscheint heute als der die Politik bestimmende Gegensatz der Interessenkampf der imperialistischen Mächte und hier wiederum der Gegensatz zwischen Deutschland und England als der seiner inneren Natur nach umfassendste und bestimmendste, alle anderen in sich aufnehmende Widerspruch, in dem sich die auswärtige Politik bewegt. Und die proletarische Bewegung steht nicht auf der einen oder anderen Seite, sondern jenseits; sie negiert durch ihre Internationalität die kapitalistische auswärtige Politik überhaupt, und nicht als Bundesgenosse eines der

Kämpfenden, sondern als Feind des Kampfes selbst erfüllt sie ihre historische Mission.“ (Neue Zeit, 1912, Der Balkankrieg und die Großmächte.) Andererseits kann man Levy in Gegensatz zu d e m Marx stellen, der sich politisch nicht immer seines eigenen Materialismus bewußt ist und demokratische Außenpolitik vorschlägt, die durch nationalen Kampf überall in Europa die bürgerliche Demokratie sichern soll. Immer wieder raten Marx und Engels, gegen das zaristische Rußland vorzugehen, indem sich die demokratischen Parteien Europas und Rußlands Gegenspieler im nahen und fernen Orient, England, zusammenfinden; so raten die beiden Londoner Sozialisten, indem sie an ihre eigene demokratische Vergangenheit und an die Zeit des revolutionären westlichen Bürgertums anknüpfen. Noch 1886 ist Engels von diesen Ansichten nicht frei. Im Pariser „Socialiste“ (6. Nov. 1886) schreibt er über das Verhältnis der Bismarckschen Politik zu Rußland mit Bezugnahme auf die Lage nach dem serbisch-bulgarischen Krieg: „La révolution en Russie signifie chute du regime bismarckien. Sans la Russie la grande armée de réserve de la réaction, la domination des hobereaux an Prusse ne durerait pas un jour. La révolution changerait immédiatement la situation en Allemagne; elle détruirait d'un coup cette foi aveugle en la toute — puissance de Bismarck, qui lui assure le concours des classes régnantes. Bismarck, qui sait que l'existence du czarisme est la base de tout son système, se rendit en toute hâte a Vienne pour informer ses amis qu'en présence d'un tel danger

il n'est plus temps de s'arrêter aux questions d'amour-propre; qu'il faut permettre au czar quelque semblant de triomphe, et que, dans leur intérêt bien entendu, l'Autriche et l'Allemagne doivent se mettre à genoux devant la Russie. D'ailleurs, si messieurs les Autrichiens insistent pour se mêler des affaires de Bulgarie, il s'en lavera les mains." – Diese Beurteilung der Bismarckschen Außenpolitik ist einseitig. Sie übersieht, daß die Innenpolitik für Bismarck zum großen Teil nur Funktion der nationalstaatlichen auswärtigen Politik ist, daß Bismarcks Nationalismus und Konservatismus, wenn sie auch zusammenarbeiten, sich nicht unbedingt decken müssen, daß Bismarck, mag er innenpolitisch noch die feudalistische Epoche vertreten, außenpolitisch im Prinzip das Bürgertum vertritt, allerdings mit dem Ziel, dieses Bürgertum innenpolitisch möglichst niederzuhalten (Lassalle), daß der bürgerliche Nationalstaat für Bismarck das Primäre, der feudale Konservatismus das Sekundäre ist. So war für Bismarck 1866 anläßlich der Annexion Hannovers, Schleswig-Holsteins, Kurhessens und Nassaus das allgemeine Wahlrecht vor allem ein außenpolitisches Mittel, um das konservative Ausland (Rußland) von der deutschen „nationalen Omelette" fernzuhalten. So war später der konservative Zug seiner Innenpolitik ein wichtiger Faktor seiner Außenpolitik, der mithelfen sollte, die Koalition des Zarenreiches und der französischen Republik zu vereiteln, der ihm z. B. die diplomatische Verwertung der Pariser Kommune erleichterte; so wird das Sozialistengesetz neben anderem

auch einen außenpolitischen Zweck verfolgt haben, wie umgekehrt der Übergang Deutschlands zum Parlamentarismus 1918. Das Urteil Engel's wie der Sozialdemokratie überschätzt die als Selbstzweck in die Außenpolitik hineingetragenen innerpolitischen Motive Bismarcks, deren Vorhandensein nicht geleugnet werden kann: sie sind wie die Taktik einer Ausnutzung innerpolitischer Verhältnisse für die Außenpolitik aus Bismarcks parteipolitischen Erwägungen in dem für die Unterredung Wilhelms I. mit dem Zaren (November 1887) bestimmten Exposé wohl erkennbar, lassen die Bismarcksche Friedenspolitik auch als Mittel der Innenpolitik, diese also dieses Mal als Zweck erscheinen. Interessant ist, daß Bismarck sich genau wie oben Engels äußert, daß er die durch das Sozialistengesetz erhöhte Möglichkeit eines zeitweiligen Zusammengehens der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft mit dem freisinnigen Bürgertum verewigen will, daß er den feudalen Konservatismus mehr von der Arbeiterschaft bedroht als (bei dem damaligen Kräfteverhältnis zwischen politischem Gesamtbürgertum und organisierter Arbeiterschaft) von dem nur durch die Arbeiterschaft geförderten Bürgertum, dessen nationale Politik sich prinzipiell von der Bismarcks nicht unterscheiden wird, aus dem Sattel gehoben sieht. Bismarck äußert sich hier: „Dans la politique nous avons à compter avec les partis aussi bien qu'avec les nations. La lutte aujourd'hui n'est pas tant entre Russes, Allemands, Italiens, Français qu'entre la révolution et la monarchie. La révolution a conquis la France,

entamé l'Angleterre; elle est forte en Italie et en Espagne. Il n'y a que les trois Empires qui puissent lui résister. La France républicaine menace en premier lieu l'Allemagne. Si elle était victorieuse, sa victoire fortifierait le parti démocratique et républicain en Allemagne. Est-ce du métier d'un Empereur de Russie d'encourager la France républicaine. . . . L'Empereur Alexandre veut la paix. Il a raison. La guerre, qu'elle soit victorieuse ou non, va déchaîner la révolution dans plus d'un pays. . . . En France la défaite serait la révolution; tandis qu'un général victorieux mettrait la nouvelle monarchie en question. La défaite de 'Autriche décomposerait cet empire pour ouvrir 'ère des républiques dans les pays du Danube et du Balcan. Que peut gagner a ce jeu la Russie et surtout l'Empereur. Il peut tout perdre. . . . Au temps où nous vivons plus qu'à aucune autre époque de l'histoire, il est de l'intérêt des grandes monarchies d'éviter la guerre, puisque aujourd'hui les nations sont toujours disposées à rendre leurs gouvernements responsables des échecs militaires qu'elles ont essuyées. C'est ainsi que les défaites de 1870 ont amené la chute du régime napoléonien, tandis qu l'Autriche, d'état monarchique qu'elle était s'est métamorphosée en état parlementaire à la suite des événements de 1866. Les monarchies italiennes ou espagnoles ne survivraient pas à une guerre malheureuse, et même en Allemagne — si contre toute attente nous venions à être vaincus les chances de la république démocratique ou sociale gagneraient considérablement par notre défaite. . . .

En résumé, la prochaine querre éventuelle aurait bien moins le caractère d'une guerre de gouvernement à gouvernement, que celui d'une guerre du drapeau rouge contre les éléments d'ordre et de conservation.'' *)

Das demokratische außenpolitische Gedankengut von Marx und Engels wird von der Sozialdemokratie, die auf dem Wege des Kampfes um politische Demokratie, der auch außenpolitisch ausgefochten werden soll, ihren Klassenkampf durchführen will, übernommen. Obgleich sie sich bewußt ist, daß die „Nationalmiserablen", d. h. die Majorität des liberalen Bürgertums, den Damaskus-Weg von der Gegnerschaft gegen den Kartätschen-Prinzen zur Anhängerschaft „Lehmanns I. von Otto's Gnaden" gegangen ist, d. h. innenpolitisch den bestehenden Konstitutionalismus als ausreichende und außenpolitisch den Nationalismus als Prinzip anerkannt hat, obgleich die Sozialdemokratie sich deshalb sagen muß, daß ihr Kampfruf gegen Rußland unerhört bleiben wird, weil sie nicht sieht, daß die auf der Unterschätzung der außerparlamentarischen Basis beruhende Überschätzung des Parlamentarismus sich mit Erstarken der Position des Bürgertums, die gerade durch siegreiche außenpolitische Kriege herbeigeführt werden kann (Nationalismus — Vertuschung des Klassenkampfes), sich bitter rächt, weil die Sozialdemokratie nicht sieht, daß das im vorigen Jahrhundert mit dem Konstitutionalismus zufriedene Bürgertum einen sieg-

*) Vgl. die große Politik der Europäischen Kabinette, Nr. 1127 in Band 5.

reichen und deswegen gestärkten Bismarck nicht hindern würde, dem besiegten Rußland eine konstitutionelle Verfassung zu sichern, mit der in Rußland so wenig wie in Deutschland dem Erstarken der sozialistischen Bewegung geholfen wäre, kurz weil die Sozialdemokratie*) das alles nicht sieht und an der 48er Tradition doktrinär festhält, erblickt sie wie in dem Urheber des Sozialistengesetzes ihren innerpolitischen Gegner in dem zaristischen Rußland ihren außenpolitischen Feind. Ihn bekämpfen hieße Europa und sich selbst vor der Reaktion bewahren, hieße der Verwirklichung der humanitären, pazifistischen Ideale dienen; denn er sei notwendigerweise der europäische Unruhestifter.

*) Als Quelle dienen neben der Broschüren- wie Zeitschriftenliteratur und den stenographischen Berichten des Reichstages vor allem der wegen des Sozialistengesetzes im Auslande (bis 1888 in Zürich) erscheinende, von Bernstein und Liebknecht redigierte „Sozialdemokrat" (Z.S.) und das Berliner Volksblatt (B.V.). Letzteres gehört nicht in die Kategorie der farblosen, unpolitischen Nachrichtenblätter der Zeit des Sozialistengesetzes, wie Hertneck sagt: Das B.V. gibt wie das offizielle Parteiorgan, der Z.S., die außenpolitischen Ansichten der Partei, wenn auch nicht in ganz so scharfer Form, wieder, wie auch Hertneck sich widersprechend in einer Anmerkung zugibt. Der Redakteur des B.V. war längere Zeit Max Schippel.

Lebenslauf.

Am 1. Juli 1902 bin ich, Hans Schröder, Sohn des Lehrers W. Schröder und seiner Frau Martha, geb. Schultz, in Rostock geboren. Michaelis 1920 bestand ich an der Großen Stadtschule (Gymnasium) zu Rostock die Reifeprüfung und widmete mich dem Studium der Geschichte und der neueren Sprachen. Ich studierte in Rostock und München und besuchte geschichtliche Vorlesungen, resp. Seminare der Herren Professoren Andreas, Oncken, Joachimssen, Spangenberg, Schüssler, Hohl. Von meinen Lehrern bin ich Herrn Prof. Dr. Schüssler für die Unterstützung, die er mir bei Anfertigung der Arbeit zuteil werden ließ, zu besonderem Dank verpflichtet.

Es ist mir ein Bedürfnis, Herrn Hinrichsen, Leiter des Archivs der S. P. D. (Berlin), für sein Entgegenkommen, Herrn Archivdirektor Dr. Wentzke (Düsseldorf), Herrn Prof. Dr. Westphal (Hamburg) und der Redaktion der Kölnischen Zeitung für ihre Auskunft auch an dieser Stelle meinen Dank auszusprechen.